

9 Anfragen (schriftlich)

9.1 Baurestmassendeponie Thal (GR Luttenberger, KPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

seit 2015 betreibt die BRM-Recycling GmbH mit Unterstützung der steirischen Landespolitik eine Baurestmassendeponie im Bischofsgraben in Thal bei Graz und damit in einer ausgewiesenen „Natura 2000“ Region. Schon vor der Errichtung der Deponie wurden große Ablehnung und Bedenken breiter Bevölkerungsteile in Thal und im Südwesten von Graz („Schutzverein Lebensraum Steinbergstraße“) sowie vom ehemaligen Naturschutzbeirat der Stadt Graz laut.

Mittlerweile wurden die sachlich vorgebrachten Bedenken vieler Aktivbürgerinnen und Aktivbürger schaurige Realität. Im Mai dieses Jahres wurde die Baurestmassendeponie mit folgenden Begründungen gesperrt: geologische Instabilität, Hangrutschungen, teilweiser Einsturz der dort befindlichen Kavernen durch früheren Bunterdeabbau und Gefahr der Verschüttung der Toblquelle.

Seitens des Landes Steiermark wird jetzt geprüft, ob die Deponie beispielsweise durch zusätzliche Auflagen überhaupt künftig wieder in Betrieb genommen werden kann.

Das Ende einer „unendlichen Geschichte“, wo sich Politik und wirtschaftliche Interessen gegen Sachverstand und breite Bevölkerungsbedenken durchgesetzt haben, ist in Sichtweite. Für Graz, als Kunden der Thaler Deponie, bedeutet dies, dass Alternativen gefunden werden müssen, um den Baurestscht zu deponieren.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage:

Wo wird aktuell der Baurestschutt des Hauses Graz deponiert und welche Auswirkungen hat die Sperre der Baurestmassendeponie in Thal auf die Verträge zwischen der BRMRecycling GmbH und dem Haus Graz?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9.2 Nachtzugverbindung Graz – Brüssel und Graz – Hamburg/Dortmund (GR Luttenberger, KPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

mit dem ÖBB-Fahrplanwechsel 2019/20 wird das internationale Zugsangebot in Graz weiter verbessert. So wird eine Railjetverbindung zwischen Graz und Prag weiter bis Berlin durchgebunden werden. Ein anderer Railjet fährt von Graz über Wien via Krakow nach Ostrava und weiter nach Polen ins historische Przemysl. Zwischen Maribor und Graz wird es in mittlerer Zukunft ebenfalls zu Verbesserungen im Bahnverkehr kommen.

Der Bahn nachtverkehr von Graz bleibt aber noch sehr ausbaufähig. Unlängst kündigte der Vorstand der ÖBB an, ab Jänner 2020 – wieder – zwei Mal pro Woche eine Nachtzugverbindung („Nightjet“) von Wien Hbf. in die EU-Hauptstadt Brüssel aufzunehmen. Daraus würde sich die Möglichkeit anbieten, einen „Flügelzug“ von Graz nach Linz zu führen und dort an den „Nachtzug“ nach Brüssel anzukoppeln.

Schmerzlich fehlt auch die Wiederaufnahme einer Nachtverbindung zwischen Graz und Norddeutschland, die es bis in die 90-iger Jahre (Stichwort: „Steiermark-Express“) gab. Auch hier wäre ein „Flügelzug“ von Graz nach Linz möglich, welcher an die bestehende Nachtverbindung Wien – Hamburg und Wien - Dortmund eingebunden werden könnte.

Zwischenzeitlich wissen wir es alle: Gerade für Strecken bis 1.000 Kilometer ist die Bahn im Sinne des Klimaschutzes natürlich das sinnvollste Verkehrsmittel. Aber heute stehen wir oft vor der absurden Situation, dass die Wahl des klimaschädlicheren Flugzeugs für die Leute günstiger und einfacher ist.

Nachtzüge sind eine attraktive Alternative zum Kurzstreckenflug, aber über Jahrzehnte wurden deren Infrastruktur und Strecken kaputtgespart. Die Zukunft einer ökologischen Verkehrswende liegt aber in einem starken öffentlichen Verkehrssystem, um allen Menschen unabhängig vom Einkommen die Möglichkeit zu geben, mobil zu sein. Bahnnachtzugverbindungen gehören zu diesen Vorhaben und die ÖBB geht jetzt erfolgreich in Europa mit gutem Beispiel voran. Graz sollte diese Chance ebenfalls nutzen!

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, bei den ÖBB, dem Bund und dem Land Steiermark zu intervenieren, damit bei den geplanten Verbesserungen und Ausweitungen beim Bahnreisenachtverkehr auch der künftige Koralmahnknoten Graz berücksichtigt wird und die oben genannten Ziele avisiert werden?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.3 „Murkraftwerk statt Krsko“
(GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
im Wahlkampf zur letzten Grazer Gemeinderatswahl haben Sie mit dem Slogan „Murkraftwerk statt Krsko“ geworben und die Mur-Staustufe Graz mit einer Stilllegung des slowenischen Atomkraftwerks Krsko verknüpft. Damit haben Sie bei der Grazer Bevölkerung erhebliche Erwartungen geweckt, die es nun einzulösen gilt. Denn nunmehr ist die Mur-Staustufe seit letzter Woche in Betrieb und statt einer Stilllegung des grenznahen Kernkraftwerks läuft der Ausbau auf Hochtouren. Um die Genehmigung für den Weiterbetrieb des umstrittenen AKW zu bekommen, werden 250 Millionen Euro in die Anlage gepumpt. Einer von Österreich vehement geforderten Umweltprüfung erteilen die Betreiber neuerlich eine Absage. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

1. Haben Sie bereits mit den für den Betrieb und Ausbau von Krsko zuständigen slowenischen PolitikerInnen Kontakt aufgenommen?
2. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
3. Wenn nein, wann werden Sie die Beratungen mit Ihren slowenischen AnsprechpartnerInnen starten?
4. Ist es Ihre Absicht, den Slowenen den im Murkraftwerk erzeugten Strom als Gegenleistung für eine Stilllegung anzubieten?
5. Durch welche weiteren Kraftwerke soll die Differenz von rund 80 GWH Jahresproduktion der Mur-Staustufe auf 5,5 Terrawattstunden des AKW Krsko abgedeckt werden?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.4 Info-Tag „Neu in Graz“
(GR Ehmann, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 24. September fand zum mittlerweile dritten Mal der Info-Tag „Neu in Graz“ statt, durchgeführt vom Integrationsreferat. Eine insgesamt begrüßenswerte Aktion – bietet sich doch damit eine gute Gelegenheit, „Neu-GrazerInnen“ einen Überblick über Leistungen und Angebote der Stadt und damit verbunden selbstverständlich auch über gesellschaftliche Werte zu vermitteln.

Was allerdings nachdenklich stimmt: An diesem Info-Tag nahmen ausschließlich VertreterInnen von Abteilungen bzw. Referaten teil, die im Verantwortungsbereich von ÖVP-Stadtrat Kurt Hohensinner stehen, nämlich ABI, Amt für Jugend und Familie, Sportamt, Stadtbibliotheken. Nicht mit dabei waren unter anderem gerade auch für Integration/Migration wichtige Bereiche wie etwa das Frauenreferat (ressortverantwortliche Stadtsenatsreferentin ist Judith Schwentner/Grüne) oder das Gesundheitsamt (KP-Stadtrat Robert Krotzer). Was insofern überaus bedauerlich ist, da gerade Themenfelder wie Frauen, Gleichbehandlung, Gesundheit spezielle Schwerpunkte in der Integration/Migration sein sollten. Angeblich, so wird zumindest kolportiert, waren aber besagte Abteilungen bzw. Referate über diesen „Info-Tag“ nicht informiert bzw. nicht dazu eingeladen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

1. Von wem bzw. in wessen Auftrag und mit welcher konkreten Zielsetzung wurde besagter Infotag konzipiert?

2. War der Info-Tag ausschließlich zur Präsentation der Tätigkeiten von Stadtrat Kurt Hohensinner gedacht?
3. Welche Institutionen/Organisationen wurden eingeladen, sich bei diesem Info-Tag zu präsentieren bzw. den „Neu-GrazerInnen“ für sie relevante Informationen mitzuteilen?
4. Wurden auch Abteilungen/Referate, die nicht in den Verantwortungsbereich von Stadtrat Hohensinner fallen bzw. auch Institutionen und Organisationen, die nicht mit den Ressorts von Stadtrat Hohensinner zusammenarbeiten, zu diesem Info-Tag eingeladen?
5. Bist du bereit, dich dafür einzusetzen, dass beim nächsten „Info-Tag“ gerade im Sinne von Querschnittsarbeit zumindest auch Frauenreferat, Gesundheitsamt sowie alle weiteren, für Neu-GrazerInnen relevanten Bereiche des gesamten Hauses Graz über ihre Angebote, Leistungen informieren?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9.5 Kinderbetreuung/Bedarf, Angebot und Nachfrage (GR Ehmman, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wenn die Rede auf die Kinderbetreuung kommt, erleben wir – egal ob in Sachen Krabbelstuben oder Kindergarten – üblicherweise zwei Pole: Hier Eltern, die darüber klagen, dass es in einigermaßen erreichbarer Wohnnähe nicht ausreichend Plätze gäbe und Ausweichplätze, sofern sie überhaupt vorhanden sind, am anderen Ende der Stadt wären. Sprich, dass etwa in Eggenberg wohnhafte Eltern, die in Liebenau arbeiten, mit einem Betreuungsplatz in Mariatrost natürlich wenig anfangen können.

Die Gegenposition, wie sie immer wieder zu hören ist: Im Kindergartenbereich gäbe es ohnedies eine fast 100%ige Abdeckung, für fast jedes Grazer Kind wäre ein Kindergartenplatz vorhanden, und auch die Krabbelstubenversorgung wäre zwar ausbaufähig, aber liege in einem guten Schnitt.

Allerdings, und das ist ein Vorwurf vieler Eltern, dem nachgegangen werden sollte: Wird seitens der Stadt auch tatsächlich darauf geachtet, dass in jenen Stadtbezirken, in denen viele neue Siedlungen entstehen, ausreichend Kinderbetreuungsplätze – also Kindergärten und Krabbelstuben – entstehen und werden diese Einrichtungen idealerweise gleich mit den großen Wohnbauprojekten mitgeplant?

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

1. Wie ist jeweils in den 17 Grazer Stadtbezirken das Verhältnis der Zahl der Kinder im Krabbelstuben- bzw. Kindergartenalter zu Krabbelstuben- und Kindergartenplätzen?
2. Wie ist in den 17 Stadtbezirken für die Kinderbetreuungsjahre 2018/2019 und 2019/2020 jeweils das Verhältnis zwischen Anmeldungen in der Wunscheinrichtung/Aufnahmen in die Wunscheinrichtung bzw. Weitervermittlung an andere Einrichtungen als die „Wunscheinrichtungen“?
3. Gibt es in einzelnen Stadtbezirken eine signifikante Differenz zwischen Anmeldungen und Aufnahmen, gibt es also in einzelnen Stadtbezirken unverhältnismäßig Abweisungen aufgrund der großen Nachfrage bzw. viele freie Plätze und wenn ja, wo?
4. Werden basierend auf die aktuellen Wohnbauvorhaben/geplante Wohnbauvorhaben bzw. abrufbare Baulandreserven für die einzelnen Stadtbezirke Einschätzungen über die künftigen Bedarfsentwicklungen bei Krabbelstuben- und Kindergartenplätze getätigt und wenn ja, in welchen

Bezirken besteht in dieser Hinsicht kurz-, mittel- und langfristig aktueller Handlungsbedarf?

5. Wird bei großen Wohnbauvorhaben (Beispiel Smart City, Green City, Reininghaus) seitens der Stadt offensiv mit Immobilienentwicklern/Wohnbauträgern das Gespräch betreffend eine Miterrichtung von Kinderbetreuungsplätzen gesucht?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9.6 Namensweiterung „Kriegssteig“ auf „Friedensweg – ehemaliger Kriegssteig“ (GR Ehmman, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Benennung „Kriegssteig“ für den Aufstieg vom Schloßbergplatz auf den Schloßberg sorgt schon seit längerem für mehr oder weniger heftige Diskussionen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, da dieser Steig bekanntlich zu einem wesentlichen Teil von russischen Kriegsgefangenen im Jahr 1917 errichtet wurde. Viele würden das Umbenennen auf „Friedenssteig“ bevorzugen, andere wiederum plädieren dafür, gerade im Gedenken an diese Kriegsgräuel und die Opfer des Ersten Weltkrieges diese Benennung „Kriegssteig“ zu belassen.

Nunmehr hat sich eine Plattform gebildet, die einen überaus bemerkenswerten Vorschlag hat – nämlich beide Positionen zu berücksichtigen und die Benennung zu erweitern. Und zwar in „Friedensweg – ehemaliger Kriegssteig“. Das wäre eine Bezeichnung, die der Menschenrechtsstadt Graz durchaus würdig wäre, da sie die wesentliche Botschaft enthält, dass Kriege der Vergangenheit angehören sollten, dass

das Jetzt der Frieden sein muss, und um diesen gilt es, sich Tag für Tag aufs Neue zu bemühen. Das Kulturjahr 2020 würde sich in diesem Zusammenhang ganz besonders für eine solche Namensweiterung anbieten – dies nicht zuletzt auch deshalb, weil wir 75 Jahre Frieden in Österreich begehen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob du bereits bist, dich im Sinne des Motivenberichtes dafür einzusetzen, dass die Bezeichnung „Kriegssteig“ für den Aufstieg vom Schloßbergplatz auf den Schloßberg auf „Friedensweg – vormals Kriegssteig“ erweitert wird und dieser Schritt im Kulturjahr 2020 durch die Stadt Graz vollzogen wird.

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.7 BIST-Tests/Schlussfolgerungen und Konsequenzen
(GR Mag. Haßler, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im vorigen Schuljahr wurden im Auftrag des Unterrichtsministeriums und umgesetzt über das Bifi an den Pflichtschulen wieder sogenannte Bildungsstandard-(Bifi)-Tests durchgeführt. Vereinfacht gesagt geht es bei diesen Tests darum zu hinterfragen, wie es um die Lese-, Schreib- und Mathematikkompetenzen bestellt ist. Eine gute und wichtige Maßnahme, durch die es möglich sein sollte, die entsprechenden

Schlussfolgerungen zu ziehen, um die SchülerInnen für künftige Anforderungen zukunftsfit zu machen.

Was allerdings wenig verständlich ist, das sind die tatsächlichen Konsequenzen, die aus diesen BIST-Tests abgeleitet werden.

Mittlerweile müsste jedem auch nur halbwegs an Bildung interessierten Menschen bekannt sein, dass an unseren Schulen unter höchst unterschiedlichen Rahmenbedingungen gearbeitet wird. Da gibt es einerseits sogenannte Brennpunktschulen, an denen Klassen mit oft 100 Prozent Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache zu unterrichten sind. Dass in einer solchen Klasse mit 25 Kindern nicht annähernd mit „Vorzeigeschulen“ vergleichbare Ergebnisse erbracht werden können, sollte allen Beteiligten klar sein.

Umso weniger nachvollziehbar: Bei diesen BIST-Tests wird ganz offensichtlich darauf nicht eingegangen, und die einzige Konsequenz ist, dass Schulen, die bei den BIST-Tests schlechter abgeschnitten haben, seitens des Ministeriums dazu verpflichtet worden sind (und zwar per Weisung), ein spezifisches Weiterbildungsangebot zu absolvieren.

Mit Verlaub: Das wäre so, wie wenn ein Sebastian Vettel in ein Tretauto gesetzt würde und – weil er damit keinen Grand Prix gewinnt – einen Fahrtrainingskurs verordnet bekommt. Wobei unter der Hand zu hören ist, dass man auch die Pädagogischen Hochschulen, die mit diesen Fortbildungsmaßnahmen bzw. – in „schweren Fällen“ – mit begleitenden Unterstützungsmaßnahmen „betraut“ sind, alles andere als glücklich sind, da auch von dieser Seite die Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit der Maßnahmen in Frage gestellt wird.

Was nicht weiter verwundert, sind doch ExpertInnen wie auch Betroffene überzeugt: Will man sogenannte Brennpunktschulen fördern, ist es kontraproduktiv, die dort arbeitenden, meist überaus engagierten DirektorInnen und LehrerInnen mit

zwangsweiser Weiterbildung zu demotivieren – es wäre angebrachter, genau hinzuschauen, wie man diese Schulstandorte stärken kann: durch kleinere Klassenverbände, durch Teamteaching, durch bessere Ausstattung, Nachmittagsbetreuung etc. Ein solches Maßnahmenpaket würde man sich von einer verantwortungsvollen Bildungspolitik erwarten.

Jetzt ist selbstverständlich klar, dass die Stadt Graz als Schulerhalterin nicht die Aufgaben des Unterrichtsministeriums oder der Bildungsdirektionen übernehmen kann. Dennoch sollte die Stadt Graz - dies nicht zuletzt auch in Hinblick darauf, dass gute Bildung eine Zukunftsaktie darstellt und auch den Wirtschaftsstandort Graz stärkt – alle Möglichkeiten ausschöpfen und diese BIST-Tests zum Anlass nehmen, an allen Grazer Schulstandorten bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um allen Grazer Kindern eine gute Zukunftsperspektive zu eröffnen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, im Zuge Ihrer Koordinierungsfunktion zu veranlassen, dass als Konsequenz aus den BIST-Tests

1. seitens der zuständigen Stellen der Stadt Graz den als schlecht eingestuften BIST-Testergebnissen der einzelnen Grazer Pflichtschulen in Rückkoppelung mit den jeweiligen Direktionen/LehrerInnenvertreterInnen auf den Grund gegangen wird, um daraus ein Maßnahmenpaket der Stadt Graz zu schnüren, das unterstützende Leistungen der Stadt Graz an diesen Schulstandorten beinhaltet wie eine bessere technische/materielle/finanzielle Ausstattung dieser Schulen, bei Bedarf mehr Schulsozialarbeit, Hilfspersonal etc. beinhaltet und

2. unter Einbindung von LehrerInnenvertretungen, VertreterInnen der Pädagogischen Hochschulen und aller Gemeinderatsfraktionen eine dringende Aufforderung an die künftige Bundesregierung ausgearbeitet wird, wie in Hinkunft seitens des Unterrichtsministeriums auf solche BIST-Tests reagiert werden sollte – nämlich
 - a) unter welchen Gesichtspunkten die Beurteilung erfolgen sollte,
 - b) welche Konsequenzen seitens der Schulen gezogen werden müssten,
 - c) aber auch, welche Sofortmaßnahmen seitens des Ministeriums gesetzt werden müssen, um die Rahmenbedingungen an den Schulen zu verbessern, etwa kleinere KlassenschülerInnenhöchstzahlen und/oder Teamteaching bei erhöhten Anforderungen etc.

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9.8 Haus-Graz-Inserate in Parteizeitungen und bei parteinahen Organisationen (GR Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Inserate sind ein wichtiges Marketing-Instrumentarium, um die Leistungen eines Unternehmens, eines Vereins, aber auch von politischen Parteien in den Fokus der entsprechenden Zielgruppen zu bringen.

Auch das Haus Graz und seine Unternehmen bedienen sich dieses Instrumentariums, um einerseits Interesse und Werbung für ihre angebotenen Leistungen zu wecken und andererseits im Zuge von strategischen PR-Aktionen ihr Image am Markt zu verbessern.

Derartige Einschaltungen in Printmedien sind natürlich mit Kosten verbunden und die Messung ihrer Effektivität und Effizienz gestaltet sich auch sehr schwierig. Unbestritten ist jedoch, dass derartige Werbeleistungen wichtige Einnahmequellen für Herausgeber und Verleger von Printmedien sind und dazu beitragen, dass Printmedien am Markt überleben.

Auch politische Parteien und parteinahe Organisationen bieten in ihren Printmedien die Möglichkeiten zur Platzierung von Inseraten, um mit diesen Einnahmen die Kosten für die Erstellung und Verteilung ihrer Zeitungen, Plakate oder Flyer zu decken.

Aus diesem Grund stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

1. Wie hoch waren in Summe die gesamten Ausgaben für Inserate aller Unternehmen/Beteiligungen des Hauses Graz in den Jahren 2017 und 2018?
2. Wie hoch waren jeweils die Ausgaben für Inserate in den einzelnen Unternehmen/Beteiligungen des Hauses Graz in den Jahren 2017 und 2018?
3. In welchen Printmedien wurden diese unter Pkt. 1 angeführten Inserate 2017 und 2018 geschaltet?
4. In welchen parteinahen Printmedien oder Printmedien parteinaher Organisationen wurden von den Unternehmen/Beteiligungen des Hauses Graz in den Jahren 2017 und 2018 Inserate geschaltet?
5. Welche Unternehmen/Beteiligungen des Hauses Graz inserierten in den Jahren 2017 und 2018 in parteinahen Printmedien oder in Printmedien parteinaher Organisationen und in welcher Höhe?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**9.9 Fehlendes Radschnellwege-Netz
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die jüngste Ankündigung von Bürgermeister Nagl, Graz zur Klimaschutzhauptstadt machen zu wollen, lässt erhoffen, dass die dringend notwendige Neuausrichtung in der Grazer Verkehrspolitik nun endlich rascher erfolgt. Denn speziell im Bereich der aktiven Mobilität, als auch beim Öffentlichen Verkehr, lassen die bisherigen Bemühungen sehr zu wünschen übrig.

Trotz bestehender Beschlüsse der Stadt Graz, den Modal Split zu Gunsten der aktiven Mobilität und des Öffentlichen Verkehrs zu verschieben, gibt es in Graz aktuell keinen einzigen Radschnellweg und nur 13 Hauptradrouten mit insgesamt 94 km Länge. Für die zweitgrößte Stadt Österreichs ist das nicht ausreichend. Hier muss mehr getan werden, wir brauchen pro Jahr die Errichtung von mindestens 10 Kilometern durchgehender, breiter, baulich getrennter Radschnellwege entlang von / parallel zu allen Vorrangstraßen, mit Anbindungen für RadpendlerInnen aus dem Umland. Damit diese Radschnellwege effektiv sind, müssen sie möglichst geradlinig, ohne Kreuzungen im Nachrang, rund 3 Meter breit und ohne Hindernisse sein.

Das Wegenetz muss sich weiter vom Stadtzentrum ausdehnen und auch die Stadtgrenze überschreiten, da sich die Reichweite der Alltagsradelnden stetig vergrößert. Routenführungen in der Stadt müssen von Engstellen und Hindernissen befreit werden, um einen flüssigen Verkehr zu ermöglichen. Ampelschaltungen sind so umzustellen, dass Radfahrende eine möglichst lange Grünphase haben. Neue Möglichkeiten im Verkehrsraum, wie Radstraßen und Begegnungszonen, sind unbedingt anzuwenden. Nahverkehrsknoten müssen ins Radroutennetz eingebunden werden, um auf der gesamten Wegstrecke eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr anbieten zu können.

In diesem Sinne stelle ich namens des Gemeinderates an Sie, sehr geehrter Herr
Bürgermeister, die

Anfrage:

- Warum wurden trotz der bestehenden Beschlüsse in Ihrer Zeit als
Bürgermeister nicht mehr Schritte gesetzt, das Radwegenetz der Stadt Graz
schneller auszubauen?
- Warum kam es in einigen Fällen (Beispiel Eggenberger Straße) statt dem Ausbau
des Radwegenetzes sogar zu Rückbauten?
- Bekennen Sie sich zur aktiven Mobilität und wenn ja, wie werden Sie die
Verkehrstadträtin unterstützen, damit das Radwegenetz in Graz umgehend im
erforderlichen Ausmaß von mindestens 10 Kilometern pro Jahr ausgebaut wird?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.